

Bern, 27. Oktober 2013

Staatsopfer: Nach den Worten müssen nun rasch Taten folgen!

Das zweite Treffen des Runden Tisches für die Opfer fürsorgerischer Zwangsmassnahmen Schweiz, organisiert von Frau Bundesrätin Simonetta Sommaruga, hat am 25. Oktober in Bern stattgefunden. Die Resultate dieses Treffens gehen in die richtige Richtung: Die Bundesrätin sieht die Notwendigkeit einer raschen finanziellen Entschädigung und will die entsprechende gesetzliche Grundlage schaffen. Nun müssen den Worten auch rasch Taten folgen. Dazu benötigen die vorgeschlagenen Schritte politische Mehrheiten. Die Guido Fluri Stiftung will Frau Bundesrätin Sommaruga diesbezüglich unterstützen. Parallel dazu wird sie die Vorbereitungen für die angekündigte Volksinitiative für die Opfer fürsorgerischer Zwangsmassnahmen weiterführen. Sollte sich kein rascher politischer Durchbruch abzeichnen, wird die Stiftung die Initiative definitiv lancieren.

Die Guido Fluri Stiftung setzt sich als unabhängige Institution für alle Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen ein und gibt den Menschen eine Stimme, die in ihren Jugendjahren in staatlichen Einrichtungen oder als Verdingkinder in der Schweiz physischen und psychischen Missbrauch erleben mussten.

Eine Rehabilitation der Betroffenen kann nicht ohne finanzielle Wiedergutmachung erfolgen – zu schwerwiegend sind die tausenden Missbrauchsfälle der letzten Jahrzehnte mit oftmals tragischen und traumatischen Schicksalen für die Betroffenen. Die im April 2013 von Frau Bundesrätin Sommaruga ausgesprochene offizielle Entschuldigung im Namen der Landesregierung war zwar gut gemeint, genügte aber bei weitem nicht. Mit dem Beschluss vom letzten Freitag, einen Fond für Soforthilfe einzureichen, gehen die Intentionen in die richtige Richtung. Damit die finanzielle Hilfe aber substantiell wird, braucht es politische Entscheide. Die Gefahr besteht, dass die Staatsopfer in dieser politischen Entscheidungsfindung einmal mehr aufgegeben werden und zu kurz kommen. Das will die Guido Fluri Stiftung unter allen Umständen verhindern. Darum führt sie die Vorbereitungen für die angekündigte Volksinitiative weiter. Parallel dazu wird die Stiftung auch die politische Arbeit unterstützen.

Schlussendlich sollen zwei zentrale Ziele erreicht werden können: Erstens eine rasche finanzielle Entschädigung der Opfer, namentlich der Härtefälle und zweitens die geschichtliche Aufarbeitung der Ereignisse. Dies mit dezidiertem Blick auf die aktuelle Gesetzgebung, damit in Zukunft die Risiken von Ausbeutung und systematische Übergriffen auf Kinder und Jugendliche in der Schweiz massiv reduziert werden können.

Die Guido Fluri-Stiftung kommuniziert im Dezember die nächsten Schritte und die konkreten Massnahmen.

Für weitere Auskünfte:

- Claudio Righetti, Righetti & Partner, claudio@righetti-partner.com
- Lorenz Furrer, Furrer.Hugi&Partner, lorenz.furrer@furrerhugi.ch

Die Guido Fluri Stiftung verfolgt drei Zwecke: Sie setzt sich für das Wohl von Pflegekindern ein. Das Thema Gewalt an Kindern soll in der Öffentlichkeit verbreitet werden. Weiter widmet sich die Stiftung der Hirntumorforschung und hat hierfür eine Informationsplattform geschaffen. Als dritten Punkt setzt sich die Stiftung für mehr öffentliche Aufklärung und Forschung der Krankheit Schizophrenie ein. Weitere Informationen finden Sie auf: www.guido-fluri-stiftung.ch